

Inhalt der Sitzung vom 21.11.2005

Ehrung von Herrn Gemeinderat Horst Kolb mit der Ehrennadel des Gemeindetags Baden-Württemberg in Gold für 30 Jahre Ratstätigkeit

Vor Eintritt in die Tagesordnung der November-Sitzung freute sich Bürgermeister Huckele, Herrn Gemeinderat Horst Kolb nach dessen Ehrungen am 11.09.1995 (20-jährige Ratstätigkeit) und 11.09.2000 (25-jährige Ratstätigkeit) nunmehr für 30-jährige Gremiumszugehörigkeit mit der Goldenen Ehrennadel des Gemeindetags Baden-Württemberg auszeichnen zu können. Wie er feststellte, ist Herr Kolb erst das 3. Ratsmitglied, das die Schallmauer von 3 Jahrzehnten Gemeinderatstätigkeit durchbricht. Entsprechend gilt es, in der Ratschronologie weit zurückzublättern, um festzustellen, dass für den knapp 4 Monate nach der Gemeinderatswahl im Jahre 1975 verstorbenen Gemeinderat Johannes Körner Herr Horst Kolb am 01.09.1975 als 1. Ersatzperson seines Wahlvorschlages für die SPD-Fraktion nachgerückt ist. Bei den nachfolgenden Wahlen errang er 4-mal für die SPD und 2-mal für die Plankstadter Liste jeweils ein Direktmandat. Dies ist ein deutlicher Vertrauensbeweis der Wählerinnen und Wähler. Wie Bürgermeister Huckele im Folgenden feststellte, war Gemeinderat Kolb im Laufe seiner 30-jährigen Ratstätigkeit in fast allen Ausschüssen und Gremien des Gemeinderats als Mitglied oder stellvertretendes Mitglied tätig. Aktuell ist er Mitglied im Ausschuss für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten sowie der Landwirtschaftskommission. Daneben ist seine stellvertretende Mitgliedschaft im Ausschuss für Finanzen und Verwaltung zu nennen. Seit 1999 bekleidet Herr Kolb zudem das Amt des Bürgermeister-Stellvertreters. Er wurde nach der seinerzeitigen Wahl zum 3. Stellvertreter des Gemeindeoberhaupts gewählt und ist seit der Wahl im vergangenen Jahr als 2. Bürgermeister-Stellvertreter tätig. Nicht unerwähnt lassen wollte Bürgermeister Huckele auch das langjährige ehrenamtliche Engagement des Jubilars in der Evangelischen Kirchengemeinde. Dort wirkte er von 1978 bis 1995 als Kirchengemeinderat. Zudem war er (von 1979 bis 1999) Gründungs- und Vorstandsmitglied der Evangelischen Diakoniestation. Zur Charakterisierung des Jubilars zitierte Bürgermeister Huckele schließlich die Aussagen von Ratskollegen im Rahmen der zurückliegenden Ehrungen für 20 bzw. 25-jährige Ratsmitgliedschaft. Immer wieder hervorgehoben wurde dabei das pragmatische Handeln von Herrn Kolb, der sich insbesondere durch ein profundes Wissen um seine Heimatgemeinde und sein vielzitiertes „Ohr am Volk“ auszeichnet. Auf die berufliche Inanspruchnahme des Jubilars eingehend, stellte Bürgermeister Huckele fest, dass dieser trotz Übergabe des Betriebes an seine beiden Söhne noch voll mitarbeitet und auch heute noch keine 5-Tage-Woche oder gar 40-Stunden-Woche kennt. Persönlich, wie auch im Namen der Gemeinde, bedankte sich das Gemeindeoberhaupt abschließend bei Herrn Kolb für die in 3 Jahrzehnten geleistete Arbeit. Für die Zukunft wünschte er dem Jubilar insbesondere Gesundheit sowie persönliches Wohlergehen und überreichte die Goldene Ehrennadel des Gemeindetags Baden-Württemberg sowie ein Buchpräsent.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) würdigte die außergewöhnliche Leistung des Jubilars und stellte gleichfalls fest, dass bis dato erst 2 Gemeinderäte auf eine 30-jährige Ratszugehörigkeit zurückblicken können. Da dies nun auch auf Gemeinderat Kolb zutrifft, vereine er exakt so viele Dienstjahre auf sich, wie die anderen Fraktionsmitglieder der Plankstadter Liste zusammen. Insbesondere schätzte Gemeinderat Waldecker die immense Erfahrung des Jubilars, den er als Pragmatiker bezeichnete, dessen Handeln stets wohl bedacht und nicht an Ideologien ausgerichtet war. Für die Plankstadter Liste freute er sich, einen so anerkannten Kollegen und „jugendlichen 70-Jährigen“ in den eigenen Reihen zu wissen. Verbunden mit seinem Dank für das Geleistete wünschte er ihm auch für die Zukunft alles Gute.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) bezeichnete die Ehrung als Besonderheit in der Kommunalpolitik und stellte fest, dass Gemeinderat Kolb in seinen nunmehr 30 Dienstjahren einige Meilensteine der Gemeinde mitgestaltet hat. Stets das Ohr am Volk habe er dabei oftmals beharrlich nachgehakt, war aber auch jederzeit bereit, Verantwortung und anstehende Aufgaben zu übernehmen. Dies gelte nicht nur für den kommunalpolitischen, sondern auch für den kirchlichen Bereich, wo sich Gemeinderat Kolb gleichfalls engagierte. Trotz seiner geschäftlichen Inanspruchnahme bewies der Jubilar als Gemeinderat stets Pflichtbewusstsein, wobei aber auch seine Geselligkeit als verbindendes Element nie zu kurz kam. Besonders dankte Gemeinderätin Schuster für die jederzeitige Aufgeschlossenheit durch (oftmals auch fraktionsübergreifende) Kompromisse eine am Wohl der Gemeinde ausgerichtete Lösung zu erzielen. Dem stets bescheidenen Ratskollegen wünschte sie für die Zukunft alles Gute und freute sich auf eine weiterhin positive Zusammenarbeit.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) lobte gleichfalls die Bürgernähe des Jubilars, der seinen Worten zu Folge oftmals „das Gras wachsen hört“. Diese Fähigkeit gelte es, zu bewahren. Für die Zukunft wünschte er Gemeinderat Kolb insbesondere Gesundheit sowie die nötige Ruhe und Zeit um auch einmal an sich zu denken und, wie er es ausdrückte, „ein wenig Tempo herauszunehmen“.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) machte deutlich, dass es heute gilt, ein „Plankstadter Urgestein“ zu ehren, dass sich wie kaum ein anderer mit der Gemeinde identifiziert. Im Laufe der Jahre habe der Jubilar eine nicht ganz leichte, jedoch durchaus nachvollziehbare politische Wandlung vollzogen. Parallel zu seinem kommunalpolitischen Wirken schuf er mit seinem Autohaus in der Jahnstraße auch das berufliche Lebenswerk, was sich in Kombination mit dem Ehrenamt sicher nicht immer einfach darstellte. Als Charaktereigenschaften von Gemeinderat Kolb lobte er insbesondere dessen Geselligkeit und Lebensfreude. Auch Gemeinderat Wolf wünschte dem Jubilar abschließend für die Zukunft alles Gute, insbesondere natürlich Gesundheit.

Gemeinderat Horst Kolb schließlich blieb das Schlusswort überlassen. Er dankte sowohl seinen Ratskollegen für die ehrenden Worte, als auch allen Mitstreitern, die ihm über die 3 Jahrzehnte hinweg mit Rat und Tat bei seinem kommunalpolitischen Engagement zur Seite standen.

TOP Ö 1 Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 24.10.2005 gefassten Beschlusses

Eingangs der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 24.10.2005 der befristeten Einstellung eines Verwaltungsangestellten sein Einvernehmen erteilte.

TOP Ö 2 Verabschiedung von Herrn Gemeinderat Franz Streck/Nachrücken und Verpflichtung von Herrn Dr. Stephan Verclas

Bereits mit Schreiben vom September diesen Jahres teilte Herr Gemeinderat Franz Streck mit, dass er aus gesundheitlichen und beruflichen Gründen sein Mandat als Gemeinderat niederlegen möchte. Diesem Gesuch entsprach das Ratsgremium in seiner Sitzung am 24.10.2005 und erkannte wichtige Gründe im Sinne der Gemeindeordnung für das Ausscheiden von Herrn Gemeinderat Streck an. Zudem wurde Beschluss gefasst, dass dessen ehrenamtliche Tätigkeit zum 20.11.2005 endet. Scheidet eine gewählte Person im Laufe der Amtszeit aus, so rückt gemäß den Bestimmungen der Gemeindeordnung der als nächste Ersatzperson festgestellte Bewerber des Wahlvorschlags nach. Im vorliegenden Fall wurde bei der Gemeinderatswahl am 13.06.2004 Herr Dr. Stephan

Verclas mit 1.152 Stimmen als 1. Ersatzperson des Wahlvorschlags der Plankstadter Liste e.V. festgestellt. Herr Dr. Verclas hat das Gemeinderatsmandat angenommen und erklärt, dass ihm keine Umstände bekannt sind, die ihn an der Übernahme und Ausübung des Amtes hindern. Im Rahmen der vergangenen Ratssitzung war nunmehr das scheidende Mitglied, Herr Gemeinderat Franz Streck, zu verabschieden sowie dessen Nachrücker, Herr Dr. Stephan Verclas, auf sein neues Amt zu verpflichten.

Auf das nunmehr 16-jährige ehrenamtliche Engagement von Herrn Streck zurückblickend, machte Bürgermeister Huckele eingangs deutlich, dass sich innerhalb dieser Zeit sowohl personell, als auch in der Namensgebung der politischen Gruppierung des Jubilars einiges getan hat. Firmierte der Zusammenschluss bei Eintritt von Herrn Streck in das Ratsgremium im Jahr 1989 noch als PlaLi/FDP (Gemeinderäte Franz Streck; Gerd Kolb; Heinz Ochs), trat man im Jahr 1994 als FWV/PlaLi an (Gemeinderäte Franz Streck; Dr. Bernd Fugger). Im Jahr 1999 schließlich firmierte man erstmals nur noch als Plankstadter Liste (Gemeinderäte Franz Streck; Gerhard Waldecker; Horst Kolb; Fredi Engelhardt) und konnte im Jahr 2004 schließlich zu den vorgenannten 4 Sitzen noch einen 5. Sitz (Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher) hinzugewinnen. Wie Bürgermeister Huckele verdeutlichte, wurde in den nunmehr 16 Jahren des ehrenamtlichen Wirkens von Gemeinderat Streck einiges bewegt, das dieser mitgetragen und somit auch mitverantwortet hat. Lediglich exemplarisch nannte er hier die Einweihung des Gemeindezentrums im Jahr 1991 bzw. aktuell die Erschließung und nunmehrige Bebauung des Neubaugebietes „Gässeläcker“. Aufgrund der Leitung seines Betriebes hatte Gemeinderat Streck nach Aussage des Bürgermeisters zwangsläufig „das Ohr am Volk“ und musste sich hierbei oftmals (zu Recht, meistens jedoch wohl zu Unrecht) der Kritik an der Gemeindepolitik stellen. Wahrlich keine leichte Aufgabe, attestierte das Gemeindeoberhaupt. In Folge informierte der Bürgermeister über die Ausschusstätigkeit von Herrn Streck, der aktuell als Mitglied im Finanz- und Verwaltungsausschuss sowie als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Soziales, Sport, Kultur und Jugend wirkt. An das scheidende Gremiumsmitglied gerichtet, stellte Bürgermeister Huckele fest, dass von dessen Schultern mit dem gestrigen Tage auch eine große Last genommen wurde. Zudem könne die seither für die Gemeinderatstätigkeit aufgewendete Zeit nunmehr gut für den Betrieb eingesetzt werden. Herrn Streck bezeichnete er während dessen zurückliegender Tätigkeit im Ratsgremium als ruhenden Pol, der seinen Standpunkt immer sachlich und in angemessener Form vorgetragen hat. Dies könne von den Fraktionen sicherlich vorbehaltlos bestätigt werden. Mit diesem Kompliment dankte das Gemeindeoberhaupt Herrn Streck für die geleistete Arbeit zum Wohle der Gemeinde und wünschte ihm für die Zukunft insbesondere Gesundheit, zumal auch der heimische Betrieb auf die Arbeitskraft, das Wissen und die Erfahrung des scheidenden Ratsmitgliedes angewiesen ist. In Anerkennung seiner Leistungen für die Gemeinde überreichte Bürgermeister Huckele Herrn Streck abschließend eine Dankeskunde, die Große Gussplakette mit dem ersten Plankstädter Gerichtssiegel aus dem Jahre 1487 sowie eine Bildmappe mit Plankstadter Motiven.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) verwies auf die Historie seiner Fraktion und bezeichnete Gemeinderat Streck in diesem Zusammenhang als „Urgestein“ und Motor der Plankstadter Liste. Dies insbesondere auch auf Grund der Tatsache, dass er die Wiederbelebung der Gruppierung im Jahre 1999 maßgeblich forcierte und stets an die Mobilisierung eines hinreichenden Wählerpotentials glaubte. Dies sollte sich dann bei den Kommunalwahlen im Jahr 1999 mit 4 und im Jahr 2004 mit 5 errungenen Sitzen bestätigen. Ein Erfolg, den er in erheblichem Umfang auch seinem Fraktionskollegen Streck zumaß. Diesen bezeichnete er als ruhenden Pol, der seine Entscheidungen stets am Machbaren orientierte. Das nunmehrige Ausscheiden von Herrn Streck bedauerte Gemeinderat Waldecker, hatte hierfür jedoch vollstes Verständnis. Für den nunmehrigen Lebensabschnitt, wie auch die weitere berufliche Entwicklung, wünschte er seinem Fraktionskollegen von Herzen viel Erfolg, insbesondere aber natürlich Gesundheit.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) machte deutlich, dass Gemeinderat Streck während seiner langjährigen Ratszugehörigkeit zahlreiche Höhen und Tiefen durchlebt hat. Für das gute Miteinander im Gremium sagte sie ihm Dank. In beruflicher Hinsicht lobte sie seinen Mut zur Expansion des Familienbetriebs im Gewerbegebiet Nord-West, was gerade in der heutigen Zeit mit nicht unerheblichen Risiken verbunden ist. Auch Gemeinderätin Schuster wünschte dem scheidenden Kollegen für den neuen Lebensabschnitt gesundheitlich, wie auch beruflich, alles Gute und etwas mehr Zeit für die Familie.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) dankte seinem Ratskollegen zunächst für die jahrelange gute Zusammenarbeit. Als bewundernswert würdigte auch er das große unternehmerische Wagnis, das Herr Streck mit der Expansion seines Betriebes einging. Umso anerkennenswerter sei die nunmehr 16-jährige Ratszugehörigkeit, während der es galt, Beruf, Familie und Ehrenamt zu koordinieren. Den nunmehrigen Entschluss zur Niederlegung des Mandats, bezeichnete Gemeinderat Schneider als vernünftig und nachvollziehbar. Mit Herrn Streck verliere das Ratsgremium einen ruhenden Pol, der ohne Effekthascherei ordentliche Arbeit zum Wohle der Gemeinde geleistet hat.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) lobte insbesondere das ausgleichende Moment von Gemeinderat Streck, mit dem er gerade in turbulenten Sitzungen zu einer Versachlichung der Diskussion beitrug. Das Ausscheiden seines Ratskollegen bezeichnete auch er als bedauerlich, jedoch nachvollziehbar. Privat, wie auch beruflich, insbesondere jedoch gesundheitlich, wünschte er dem scheidenden Gremiumsmitglied alles Gute.

Gemeinderat Franz Streck stellte in seinen abschließenden Worten fest, dass er im Jahr 1973, erstmals auf ein evtl. kommunalpolitisches Engagement angesprochen, noch konstatierte, dass die Politik nicht seine Sache sei. Zwischenzeitlich kann er auf 16 Jahre Ratszugehörigkeit zurückblicken. Während all der Jahre habe er sich stets bemüht, am Wohl der Gemeinde orientierte Lösungen zu erzielen. Noch jung an Jahren in den Gemeinderat eingezogen, galt es für ihn zunächst, sich in Zurückhaltung zu üben und von den erfahrenen Ratskollegen zu lernen. Dies beherzigend vollzog sich mit der Zeit jedoch ein Lernprozess, an dessen Ende auch der eigene Rat unter den Kollegen etwas galt. Insbesondere während der Zeit als „Einzelkämpfer“ ohne Unterstützung von Fraktionskollegen waren Beruf, Familie und Kommunalpolitik von Zeitmangel geprägt. Umso erfreulicher (und mit Stolz festzustellen) sei die Tatsache, dass die Plankstadter Liste heute auf 5 fähige Ratsmitglieder bauen kann. Dem gesamten Gremium dankte Gemeinderat Streck abschließend für die zurückliegend gute Zusammenarbeit und wünschte dem Rat auch für die Zukunft gute und richtungsweisende Entscheidungen.

In Folge begrüßte Bürgermeister Huckele den 1. Nachrücker des Wahlvorschlags der Plankstadter Liste, Herrn Dr. Stephan Verclas, als neues Ratsmitglied und verpflichtete ihn öffentlich auf die gewissenhafte Erfüllung seines Amtes.

TOP Ö 3 Ergänzende Wahl zur Besetzung der Ausschüsse des Gemeinderats sowie der Landwirtschaftskommission

Es bestehen aktuell 3 beratende Ausschüsse des Gemeinderats. Es sind dies der Ausschuss für Finanzen und Verwaltung, der Ausschuss für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten sowie der Ausschuss für Soziales, Sport, Kultur und Jugend. Des Weiteren wurde noch der (beschließende) Umlegungsausschuss „Gässeläcker“ gebildet, der jedoch mit Inkrafttreten des Umlegungsplans zum 05.08.2004 außer Kraft trat. Konstituiert wurde zudem eine Landwirtschaftskommission und ein Partnerschaftskomitee, die jedoch formell nicht als Ausschüsse des Gemeinderats geführt werden. Die beratenden Ausschüsse werden aus der Mitte des Gemeinderats gebildet.

Für die Fraktion der Plankstadter Liste wurde bei der letzten Wahl u.a. auch Herr Gemeinderat Franz Streck in den Ausschuss für Finanzen und Verwaltung (Mitglied) sowie den Ausschuss für Soziales, Sport, Kultur und Jugend (Stellvertretendes Mitglied) berufen. Seine stellvertretende Mitgliedschaft im (beschließenden) Umlegungsausschuss „Gässeläcker“ bleibt aufgrund außer Kraft treten des Ausschusses zum 05.08.2004 (s.o.) bei der anstehenden Ergänzungswahl unberücksichtigt. Angesichts des nunmehrigen Ausscheidens von Herrn Gemeinderat Streck aus dem Ratsgremium waren die von ihm aktuell bekleideten Ämter zum 21.11.2005 vakant. Die Fraktion der Plankstadter Liste schlug diesbezüglich vor, die seitherigen Ausschussmandate von Herrn Streck analog auf dessen Nachrücker, Herrn Dr. Verclas, zu übertragen. Zudem wurde eine geringfügige Änderung bei den Stellvertretern der Ausschussmitglieder der Plankstadter Liste angeregt. Im Übrigen sollte die Ausschussbesetzung durch die anderen Fraktionen des Gemeinderats auf Vorschlag der Verwaltung unverändert beibehalten werden.

Auch hatte das Ratsgremium eine ergänzende Wahl zur Besetzung der Landwirtschaftskommission vorzunehmen. Aktuell ist der örtliche Tabakbauverein in diesem Gremium durch Herrn Rolf Hallwachs und Herrn Gerhard Wiegand vertreten. Aufgrund Wechsels in der Vorstandshaft wurde nunmehr vom Tabakbauverein die personelle Neubesetzung eines ihrer Sitze angeregt. Für das seitherige Mitglied Gerhard Wiegand soll nun dessen Sohn, Herr Karl-Ludwig Wiegand, nachrücken. Die Mitgliedschaft der weiteren Kommissionsmitglieder soll auf Vorschlag der Verwaltung auch hier im Übrigen unverändert beibehalten werden.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) erkundigte sich nach dem Tagungsrhythmus der Landwirtschaftskommission.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) stellte hierzu fest, dass die Kommission gerade in den zurückliegenden Jahren des Öfteren getagt und hierbei für die Landwirtschaft richtungsweisende Entscheidungen (u.a. zur Pachtvergabe der gemeindeeigenen Grundstücke) getroffen habe. Die heutige Neubesetzung in der Kommission verband er mit einem Dank an das scheidende Mitglied, Herrn Gerhard Wiegand.

Dem Verwaltungsvorschlag zur ergänzenden Besetzung der genannten beratenden Ausschüsse sowie der Landwirtschaftskommission entsprach das Ratsgremium schließlich im Wege der Einigung (einstimmige, offene Wahl).

TOP Ö 4 Nachtrags-Haushaltssatzung mit Nachtrags-Haushaltsplan der Gemeinde für das Haushaltsjahr 2005 und Nachtrags-Wirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2005

Eingangs der Beratungen nannte Bürgermeister Huckele die wesentlichen Daten des vorliegenden Zahlenwerks. So konnte die Zuführung vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt um 55.000,-- Euro auf nunmehr 1.041.400,-- Euro reduziert werden. Erfreulich zudem die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer, deren Ansatz von 1.070.000,-- Euro um 1.030.000,-- Euro auf nunmehr 2.100.000,-- Euro nach oben angepasst werden konnte.

Dem gegenüber stehen jedoch Mindereinnahmen bei den Abwassergebühren (282.000,-- Euro), dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (74.000,-- Euro), der Konzessionsabgabe der Gemeindewasserversorgung (70.000,-- Euro), der Grundsteuer B (55.000,-- Euro) sowie den Schlüsselzuweisungen des Landes (53.000,-- Euro). Weiterhin zu beklagen waren Mehrausgaben bei der

Gewerbesteuerumlage i.H.v. 255.000,-- Euro sowie den Personalausgaben i.H.v. 82.000,-- Euro. Auf letztgenannten Punkt eingehend, nannte Bürgermeister Huckele als Gründe für die Planüberschreitung den nicht exakt zu kalkulierenden Krankenstand der Beschäftigten (Lohnfortzahlungsansprüche), die nachträglich beschlossene befristete Einstellung eines Gemeindegärtners sowie die gleichfalls nachträglich verabschiedete befristete Übernahme eines Auszubildenden. Im Vermögenshaushalt wurde auf den Erwerb eines Wohnhauses (Wenigerausgaben i.H.v. 200.000,-- Euro) verzichtet. Dem gegenüber stehen jedoch Wenigereinnahmen bei der Veräußerung von Bauplätzen (120.500,-- Euro) sowie beim Kostenersatz des Trägers der Straßenbaulast für die Kanalisation der Straßenentwässerung (100.000,-- Euro). Auf die veranschlagten Grundstückserlöse eingehend, informierte das Gemeindeoberhaupt über die Tatsache, dass die in Ansatz gebrachten Mittel bis dato noch nicht vereinnahmt, d.h. die Liegenschaften noch nicht endgültig verkauft sind. In Kenntnis eines gewissen Risikos dieser Vorgehensweise lasse die aktuelle Haushaltsslage jedoch keine andere Lösung zu. Sollten die veranschlagten Einnahmen nicht erzielt werden können, wäre ein Fehlbetrag auszuweisen, der dann in den nächsten 3 Jahren ausgeglichen werden müsste. Auf die allgemeine Rücklage eingehend, bezifferte Bürgermeister Huckele deren Stand zum 31.12.2004 auf 552.258,-- Euro (Mindestrücklage: 282.922,-- Euro). Zwar können nach der derzeitigen Planung die Kreditmarktdarlehen durch eine Tilgung um 122.000,-- Euro reduziert werden, jedoch ist eine Zuführung an die allgemeine Rücklage nicht möglich.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) bezeichnete es als deprimierend, feststellen zu müssen, dass auch aktuell bei den Gemeindefinanzen kein Aufschwung zu erkennen ist. Einzig positiv zu nennen seien die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer. Immer deutlicher zeichne sich ab, dass auch die Kommunalfinanzen auf Bundesebene entschieden werden und den Gemeinden hiernach immer weniger Spielräume verbleiben. Vielmehr gelte es, nur noch die vorhandenen Haushaltslöcher zu stopfen. Auf die Mehrausgaben bei den Personalkosten eingehend, hielt sie es für sinnvoll, zu einer der nächsten Ratssitzungen eine Statistik über den Krankenstand der Gemeindebediensteten aufzulegen und das Thema nochmals im Rahmen einer nachfolgenden Ausschusssitzung zu erörtern. Hinsichtlich der Gemeindewasserversorgung verwies Gemeinderätin Schuster auf den sparsamen Umgang der Bürgerinnen und Bürger mit der Ressource Wasser, was für die Gemeinde jedoch naturgemäß mit reduzierten Einnahmen verbunden ist.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) bezeichnete den vorliegenden Nachtragsplan als alles andere als erfreulich. Dies u.a. auch, da er maßgeblich auf den noch nicht erzielten Verkaufserlösen gemeindeeigener Grundstücke basiert und insofern „in Teilen auf Sand gebaut“ sei. In dem Zahlenwerk spiegle sich die allgemeine Wirtschaftslage wieder. Auf diverse Einnahme-/Ausgabeposten des Nachtrags eingehend, monierte sie deren teils massive Abweichung vom ursprünglichen Planansatz und stellte insofern die erforderliche Genauigkeit der Verwaltung bei der Planaufstellung in Frage. Unter den gegebenen Umständen könne die Plankstadter Liste dem Zahlenwerk in der vorliegenden Fassung nicht entsprechen. Sie beantrage vielmehr zu diesem Thema eine Sondersitzung anzuberaumen. Bürgermeister Huckele zeigte sich über die Stellungnahme von Gemeinderätin Breitenbücher insofern verwundert, als diese bereits zurückliegend diverse Positionen des Nachtragsplans bei Gemeindekämmerer Kroher hinterfragte. Er unterbreitete dennoch den Kompromissvorschlag, bei Bedarf noch offene Punkte des Zahlenwerks von der Kämmerei beantworten zu lassen. Im Übrigen seien die fraglichen Positionen spätestens im Rahmen der Haushaltseratungen für das kommende Jahr zu thematisieren.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) machte deutlich, dass einige Posten des vorliegenden Zahlenwerks einer Einflussnahme der Gemeinde entzogen sind, so z.B. der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer oder aber die Schlüsselzuweisungen des Landes. Dem gegenüber stehen jedoch auch einige Posten des Nachtragsplans, die nach Auffassung Gemeinderat Schneiders als „hausgemacht“ zu bezeichnen sind und daher einer Erklärung

bedürfen. Er nannte hier beispielhaft die Personalausgaben, die Aufwendungen für die Schwimmhalle oder aber die Stromkosten der Kommune. Diese, in Teilen aktuell nicht nachvollziehbaren Punkte, gelte es in einer gesonderten Ausschuss-/Gemeinderatssitzung nochmals zu diskutieren und Lösungswege zu erarbeiten. Als generelle Prämisse der künftigen Ausgabenpolitik gilt nach Meinung Gemeinderat Schneiders das sorgsame Haushalten mit den vorhandenen Mitteln sowie das weitestgehende Ausschöpfen möglicher Einsparpotentiale. Hinsichtlich der Gemeindewasserversorgung thematisierte auch er die gesunkenen Abwassergebühren. Diesen Umstand bezeichnete er als zweischneidiges Schwert, da hier dem durchaus wünschenswerten umweltpolitischen Aspekt, nämlich dem sorgsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen, leider auch die wirtschaftliche Komponente, d.h. die hiermit verbundenen Mindereinnahmen der Kommune, gegenüberzustellen sind.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) stellte fest, dass es zunächst gilt, die Jahresrechnung 2005 sowie die Plandaten 2006 abzuwarten, um auf Grund der sich dann darstellenden Situation adäquat reagieren zu können. Der vorliegende Nachtrag entspreche inhaltlich im Wesentlichen dem Ergebnis der Jahresrechnung 2004. Er steht und fällt mit den kommunalen Grundstückserlösen, d.h. die Gemeinde operiert mit Geld, dass ihr de facto noch nicht zur Verfügung steht. Auch die gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen vermögen an dieser Situation nichts zu ändern, da sie durch andere Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen wieder egalisiert werden. Weiterhin, monierte Gemeinderat Hohl, bedarf es zur Finanzierung des Gemeindehaushalts in nicht unerheblichem Maße Kassenkrediten. Auf den Ausgabeposten Turn- und Schwimmhalle eingehend, hinterfragte er die Ausgabensteigerung um insgesamt ca. 66.000,-- Euro. Bürgermeister Huckele informierte, dass es sich dabei überwiegend um Unterhaltungsaufwendungen für die Schwimmhalle handelt. Auf die Gemeindewasserversorgung eingehend, machte Gemeinderat Hohl deutlich, dass in Anbetracht des durchaus lobenswerten Nutzerverhaltens der Verbraucher (wie bereits vermutet) wohl auch in den kommenden Jahren nicht mit der Ausweisung eines Gewinns zu rechnen sein wird. Zusammenfassend stellte er fest, dass die GLP dem Nachtragswirtschaftsplan der Gemeinde-wasserversorgung entsprechen kann. Die Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaus-haltsplan lehne sie jedoch ab.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung wurde der Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen (GLP; 2) und 6 Enthaltungen (SPD; 4/GRäte U.Breitenbücher; Dr. S.Verclas; PL) entsprochen. Der Nachtragswirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2005 wurde hingegen mit einstimmigem Votum verabschiedet.

TOP Ö 5 Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)

Bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen 2005 kam man überein, zum 01.01.2006 die Hebesätze der Gewerbesteuer von 330 auf 360 v.H., der Grundsteuer A von 260 auf 300 v.H. und der Grundsteuer B von 240 v.H. auf 300 v.H. anzupassen. Für die Umsetzung dieser Maßnahme war in der vergangenen Ratssitzung noch ein formeller Satzungsbe-schluss erforderlich. Eine Festsetzung der Hebesätze ist in der Haushaltssatzung oder aber in einer gesonderten Hebesatzsatzung möglich. Aus Praktikabilitätsgründen schlug die Verwaltung vor, letztgenannter Alternative zu entsprechen und die zum 01.01.2006 neu zu fassenden Hebesätze in einer gesonderten Hebesatzsatzung auszuweisen.

Im Rahmen seines Sachvortrags bezifferte Bürgermeister Huckele die aus der geplanten Hebesatzerhöhung resultierenden Mehreinnahmen auf insgesamt ca. 365.000,-- Euro jährlich. Hiervon entfallen auf die Grundsteuer A ca. 15.000,-- Euro, auf die Grundsteuer B ca. 160.000,-- Euro und auf die Gewerbesteuer ca. 190.000,-- Euro.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) stellte fest, dass man der angedachten Maßnahme schon bei den Haushaltsberatungen 2005 schweren Herzens, jedoch der Notwendigkeit folgend, entsprechen musste. Die heutige Verabschiedung der Satzungsregelung sei daher lediglich die Konsequenz des seinerzeitigen Beschlusses.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbürger (PL) argumentierte in gleicher Weise. Auch ihr fiel es schwer, den Bürgerinnen und Bürgern diese zusätzliche Last aufzuerlegen. In Relation zu den anderen Kreisgemeinden bewege man sich jedoch noch in relativ moderaten Bereichen.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) machte deutlich, dass man zurückliegend im Vergleich der Kreisgemeinden eher am unteren Ende der Skala rangierte. Mit der anstehenden Erhöhung bewege man sich nunmehr im mittleren bis oberen Sektor. Im Namen seiner Fraktion beantragte er zu vorgenannter Beschlussfassung Einzelabstimmung.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) stellte fest, dass man sich von Seiten der GLP mit vorliegender Beschlussfassung schwer getan habe, zumal es durchaus auch bedenkenswerte Gründe gegen eine entsprechende Hebesatzanpassung gibt und diese nicht die optimale Lösung darstellt. Schlussendlich bestünde zu der Maßnahme jedoch keine adäquate Alternative (etwa durch Sparmaßnahmen), so dass dem Verwaltungsvorschlag aus dem finanziellen Sachzwang heraus zu entsprechen sei.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) begründete seine ablehnende Haltung mit der aus seiner Sicht unsozialen Komponente der Maßnahme, die insbesondere auch Familien treffe.

Dem von der Verwaltung erarbeiteten Entwurf einer Satzung über die Erhebung der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) mit den o.g., ab dem 01.01.2006 gültigen neuen Hebesätzen, erteilte das Ratsgremium schließlich bei einer Gegenstimme von Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sein Einvernehmen.

TOP Ö 6 Bauvoranfrage

Entsprochen werden konnte der Bauvoranfrage zum Abriss eines Schuppens und Wohnhausanbau auf dem Grundstück Flst.Nr. 1318/9; Waldpfad 30. Der diesbezügliche Beschluss erfolgte bei 2 Enthaltungen der GLP.

TOP Ö 7 Bekanntgaben, Anfragen

1. Rattenbefall in der Kleingartenanlage

Auf die diesbezügliche Anfrage in der vergangenen Ratssitzung eingehend, stellte Bürgermeister Huckele richtig, dass es sich bei dem betreffenden Gebiet nicht um die Kleingartenanlage des Obst- und Gartenbauvereins, sondern vielmehr um das Gelände der alten Kleingartenanlage hinter dem Regenrückhaltebecken Gänseweid handelt.

2. Adventskalender am Rathaus

Bürgermeister Huckele informierte über das Vorhaben, am Rathaus einen Adventskalender zu installieren. Hierbei soll durch ein ehrenamtlich tätiges Team an den 22 Fenstern des Rathauses die Weihnachtsgeschichte dargestellt werden. Beginnend am 01. Dezember wird jeden Tag ein neues Fenster illuminiert. Am 23.12.2005 schließlich soll im Foyer des Rathauses eine Krippe aufgebaut werden. Offizielle Eröffnung des Adventskalenders am Rathaus ist am 01.12.2005, um 18.30 Uhr. Zu diesem Termin lud er die Gemeinderatsmitglieder ein.

3. Bau der B 535/Ausführung des Tunnels im Bereich Schwetzinger Straße (L 543)

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) verwies auf einen Presseartikel in der Schwetzinger Zeitung, worin sich Regierungspräsident Kühner zuversichtlich zeigte, den geplanten Tunnel im Zuge der B 535 sofort 4-spurig realisieren zu können. Gemeinderat Hohl hinterfragte hierzu die Haltung des Bürgermeisters. Dies insbesondere vor dem Hintergrund der zurückliegenden Klage der Gemeinde Plankstadt auf 2-Spurigkeit des Ausbaus.

Bürgermeister Huckele machte zunächst deutlich, dass das Landgericht Mannheim in dieser Frage eindeutig Position bezogen und die planfestgestellte 4-Spurigkeit als zulässig erachtet hat. Insofern sei dieser Punkt bereits seit 1995 abschließend einer Klärung zugeführt. Als wichtigstes Kriterium nannte er einen durchgehenden Ausbau der Trasse, der eine zeitnahe Anbindung von der L 543 an die L 600 sichert. Auf den nunmehr in Überlegung stehenden unmittelbaren 4-spurigen Ausbau des Tunnels eingehend, verwies er auf die von zuständiger Stelle in die Überlegung einbezogenen finanziellen Einsparpotentiale.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) stellte fest, dass sie sich dennoch ein politisches Votum des Bürgermeisters für einen 2-spurigen Ausbau gewünscht hätte. Dies schon vor dem Hintergrund, dass die 2-Spurigkeit in jedem Fall die günstigere Alternative darstellt, sollte nämlich in Folge auf eine 4-spurige Erweiterung verzichtet werden. Die SPD-Fraktion habe in dieser Angelegenheit auch eine Anfrage an das Bundesverkehrsministerium gerichtet und hierin für einen 2-spurigen Ausbau plädiert.

4. Volkshochschule Bezirk Schwetzingen/Ausscheiden der Stadt Eppelheim

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) verwies auf das Ausscheiden der Nachbarkommune aus der Volkshochschule Bezirk Schwetzingen und hinterfragte, inwieweit bereits Überlegungen angestellt wurden, nach welchem Verteilerschlüssel die hierdurch entstehenden finanziellen Ausfälle von den verbleibenden Gemeinden aufgefangen werden.

Bürgermeister Huckele informierte, dass hierüber noch nicht abschließend befunden wurde. Auf eine zurückliegende Presseveröffentlichung zu diesem Thema in der Schwetzinger Zeitung verweisend, zitierte er Oberbürgermeister Kappenstein, der neben einem reinen Zusammenschluss der verbleibenden Gemeinden auch evtl. alternative Kooperationsmodelle mit anderen Partnern in Überlegung stellte. Diesbezügliche Möglichkeiten gilt es aktuell zu prüfen.

5. Bau eines Verbrauchermarktes im Süden der Gemeinde/Durchführungsvertrag mit dem Investor

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) erinnerte an die vergangene Ratssitzung, in deren Rahmen u.a. die bereits erfolgte Weiterveräußerung der Immobilie thematisiert wurde. Aufgeworfen wurde dabei u.a. auch die Frage, ob sich der neue Eigentümer gleichfalls an den seinerzeitigen Durchführungsvertrag zwischen der Gemeinde und dem Investor (u.a. bzgl. ggf. zu erstellender Lärmschutzgutachten, etc.) gebunden fühlt. Nachdem die Verwaltung hierzu feststellte, dass sie den Investor bereits aufgefordert hat, den zwischen ihm und der Gemeinde geschlossenen Durchführungsvertrag auch für den neuen Erwerber verbindlich festzuschreiben, erkundigte sich Gemeinderat Hohl nunmehr nach dem aktuellen Sachstand in dieser Angelegenheit.

Bürgermeister Huckele informierte, dass nach eigenem Bekunden des Investors dieser auch nach dem Verkauf noch als für die Einhaltung des Durchführungsvertrages zuständiger Ansprechpartner verantwortlich zeichnet.

6. Neuerliche Vakanz der Räumlichkeiten im Anwesen Schwetzinger Str. 24 (ehem. Penny Markt)

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) verwies auf die Beratung des Themas in der vergangenen Ratssitzung und hinterfragte, inwieweit die Verwaltung zur Abstimmung der weiteren Vorgehensweise bereits mit dem damals in Überlegung stehenden Betreiber, der Firma CAP, Kontakt aufgenommen hat.

Bürgermeister Huckele bejahte dies. Das Unternehmen sei derzeit in der Kalkulation des Projekts begriffen. Auf die Frage von Gemeinderat Schneider (SPD) nach möglichen Mietkonditionen eingehend, machte der Bürgermeister deutlich, dass die Firma CAP zunächst einen für sie rentablen Mietpreis kalkulieren und auf dessen Grundlage dann mit den Eigentümern der Immobilie in die Verhandlungen eintreten wird.

7. Baulandumlegung Bruchhäuser Weg rechts und links

Gemeinderat Oskar Sessler (CDU) erfragte den Sachstand in obigem Verfahren.

Bürgermeister Huckele informierte, dass es zunächst gelte, die bestehenden Erschließungsverträge mit der Kommunalentwicklung Baden-Württemberg (KE) zu lösen, um dann ratsintern das weitere Vorgehen (neuer Erschließungspartner, Art der Umlegung, etc.) abzustimmen.

8. Zuhöreranfragen

Auch aus Reihen der Zuhörer erfolgten Anfragen zur Erschließung des Bereichs Bruchhäuser Weg rechts und links. Man bat dabei um eine zügige Bearbeitung des Verfahrens. Zudem sollten sich die Konditionen für die Grundstückseigentümer im Vergleich zu den aktuell angebotenen Verträgen nicht verschlechtern. Auch in Überlegung gestellt wurde, ob man die derzeit der Erschließungsvereinbarung ablehnend gegenüberstehenden Grundstückseigentümer nicht evtl. doch noch zu einer Kooperation bewegen oder aber die Erschließung räumlich getrennt voneinander (beispielsweise zunächst Bruchhäuser Weg rechts, dann Bruchhäuser Weg links) vornehmen kann.

Bürgermeister Huckele informierte, dass sich zurückliegend in beiden Teilbereichen Grundstückseigentümer gegen eine Kooperation aussprachen. Insofern sei eine räumliche Trennung nicht zielführend. Auch habe er keine Hoffnung, dass die Betreffenden ihre ablehnende Haltung revidieren. Gerade bei der in Überlegung stehenden sogenannten amtlichen Umlegung sah das Gemeindeoberhaupt eine Möglichkeit zur zügigen Realisierung der Maßnahme, die erklärtes Ziel aller Beteiligten sei. Nachdem sich die freiwillige Erschließung vorliegend als unpraktikabel erwiesen hat, sollte nunmehr diese Alternative mit Nachdruck verfolgt werden. Welche Form der amtlichen Umlegung gewählt wird, ist vom Ratsgremium noch zu beraten.